

Übersicht

über die vom Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 12. Sitzung am 09.06.2011 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses am 22.03.2011	anerkannt	
2.	Haushaltsplanberatungen 2011/2012	14/11 – 19/11 S. 4 - 7	s. Niederschrift
3.	Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII; hier: Bildungs- und Teilhabepakete - Sachstand		s. Niederschrift
4.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur AIDS-Prävention - Neukonzipierung der Leistungsvereinbarung mit der AIDS-Hilfe		s. Niederschrift
5.	Integrationskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis		s. Niederschrift
6.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
7.	Mitteilungen und Anfragen		

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Jana Rentzsch Vertretung für Herrn Christoph Küpper

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Udo Haack

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Hildegard Helmes

Frau Luise Wiechert

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Sabine Sauer

Herr Christoph Küpper

Kreistagsabgeordnete NPD

Herr Stephan Meise

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Doris Leven

VertreterInnen der Verwaltung:

Ltd. KVD Allroggen

Ltd. KVD Liermann

Ltd. KMD Klemme

KVOR Hering

KVR'in Lübbert

VA Arenz

Schifführer/in

KAF Neuwirth

Gäste:

Herr Dobersalske AWO

Herr Hassel Deutsches Rotes Kreuz im Rhein-Sieg-Kreis

Herr Schweitzer Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises an Sieg und Rhein

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 12. Sitzung

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Gelöscht: ¶ ... [1]

Öffentlicher Teil

1	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
1	Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses am 22.03.2011	

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift wurde anerkannt.

2	Haushaltsplanberatungen 2011/2012	
---	-----------------------------------	--

Die Vorsitzende schlug vor, den Tagesordnungspunkt zu erweitern um die als Tischvorlage verteilten Anträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011. Sodann kündigte Abg. Kunert an, ihre Fraktion habe eine weitere Anfrage zu diesem Tagesordnungspunkt und bat ebenfalls um Aufnahme in die Tagesordnung.

2.1	Haushaltsplanentwurf 2011/2012 hier: Aufhebung der Richtlinien über die Verleihung eines Förderpreises des Rhein-Sieg-Kreises für das soziale Ehrenamt	
-----	---	--

Vorab gab die Vorsitzende Gelegenheit zur Aussprache. Abg. Eichner und Abg. Kunert schlossen sich dem Vorschlag der Verwaltung an. Abg. Deussen-Dopstadt fragte die Verwaltung, ob der Rhein-Sieg-Kreis sich nicht in irgendeiner Weise an Preisverleihungen auf kommunaler Ebene oder bei den Wohlfahrtsverbänden einbringen könne. Daraufhin gab Ltd. KVD Allroggen zu bedenken, dass trotzdem Personalaufwand anfallen würde. Abg. Lamberty sprach sich gegen die Aufhebung der Richtlinien aus, da dadurch ein Zeichen in die falsche Richtung gesetzt werde. Dem schloss sich auch SkE Haack an.

Gelöscht:

Gelöscht:

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

B.-Nr.
14/11

Beschluss:

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Kreisausschuss dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Richtlinien über die Verleihung eines Förderpreises des Rhein-Sieg-Kreises für das soziale Ehrenamt werden aufgehoben.“

Abst.-
Erg.:

MB ./.
FDP, Linke

Formatierte Tabelle

2.2	Haushaltsplanentwurf 2011; hier: Antrag des katholischen Vereins für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. auf Bezuschussung der Insolvenzberatung	
-----	--	--

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Anmerkung:

Wie in der Sitzung von Abg. Lamberty und Abg. Streng gebeten, gibt die Verwaltung bekannt, dass dem SKM im Jahr 2010 Kosten in Höhe von insgesamt 247.465,39 € für die Insolvenzberatungen entstanden sind. Im genannten Zeitraum wurden in 1.305 Einzelfällen Beratungen durchgeführt, wobei es sich in 354 Fällen um Neufälle handelte.

Hierzu hat der RSK einen Zuschuss von 45.000 € geleistet.

B.-Nr.
15/11

Beschluss:

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rhein-Sieg-Kreis gewährt dem Katholischen Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. für das Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 45.000 € für die Insolvenzberatung.

Abst.-
Erg.:

einstimmig bei 1 E.

2.3 – 2.5	Anträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-----------	---

Abg. Deussen-Dopstadt stellte zunächst komprimiert die Hintergründe für die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Sie unterstrich, dass es sich nur um Empfehlungen an den Finanzausschuss handeln könne, entsprechende Summen einzustellen.

Die Vorsitzende stellte die vorliegenden Anträge zur Diskussion. Abg. Eichner betonte, die Einrichtung einer weiteren Stelle beim Case-Management entspreche einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, weshalb er den Antrag unterstütze. Gleiches gelte für den Antrag zur Einrichtung eines Runden Tisches. Den Antrag zur AWO-Wohnraumberatung würde er gerne ergänzen. Die Verwaltung möge bis zur Sitzung des Finanzausschusses prüfen, ob der vorgesehene Haushaltsansatz auskömmlich sei oder ggf. nachgebessert werden müsse.

Anmerkung:

Die Verwaltung hat im Haushalt insgesamt 67.000 € für die Wohnberatungsagentur der AWO eingestellt. Außerdem stehen Rücklagen aus dem Vorjahr zu Verfügung, um ein eventuelles Defizit der Wohnberatungsagentur der AWO ausgleichen zu können. Zur Höhe eines evtl. Defizits im Geschäftsjahr 2010 hat der Träger bislang trotz Nachfrage noch keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt.

Abg. Kunert sicherte aus Sicht ihrer Fraktion eine wohlwollende Begleitung zu. Abg. Lamberty erbat eine Stellungnahme aus Sicht der Verwaltung zu diesen Anträgen. Auch hob er speziell im Hinblick auf das Case-Management hervor, dass höhere Ausgaben auf der einen Seite durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden müssten.

Ltd. KVD Allroggen nahm wie folgt Stellung hierzu: Eine personelle Verstärkung des Case-Managements garantiere nicht automatisch Einsparungen im Bereich der Hilfe zur Pflege, jedoch spreche nach den ersten Erfahrungen vieles dafür, dass durch den Einsatz der Case-Manager ein rechnerisch vorteilhafter Effekt eintrete und sich die Personalkosten refinanzieren würden. Dies habe auch die Gemeindeprüfungsanstalt ermittelt. Auf jeden Fall bedeute es eine Steigerung der Lebensqualität für die

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Betroffenen, wenn sie auch bei eintretender Pflegebedürftigkeit im privaten häuslichen Umfeld verbleiben könnten.

Ltd. KVD Allroggen betonte, dass es aus seiner Sicht wichtig und notwendig sei, über die vorhandenen Strukturen im Bereich der Seniorenarbeit nachzudenken und das Gespräch mit den kreisangehörigen Kommunen zu suchen.

Hinsichtlich der Wohnraumberatung wies Ltd. KVD Allroggen darauf hin, dass sich durch Personalkostensteigerungen aufgrund tarifvertraglicher Änderungen und durch die bisherige Weigerung der Landesverbände der Pflegekassen sowie der örtlichen Pflegekassen, die Finanzierung der Wohnraumberatung der Kostenentwicklung anzupassen, ein ständig steigendes Defizit ergeben habe. Auf Landesebene hätten Verhandlungen mit den Landespflegekassen ergeben, dass ein angemessener verstärkter Beitrag der Pflegekassen erreicht werden könne. Wenn dies geschehe, sei ein um 60.000 € angepasster Haushaltsansatz (insgesamt 67.000 €) für die Mitfinanzierung der Wohnraumberatung sinnvoll.

Gelöscht:

Anschließend bat die Vorsitzende um Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

2.3	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 zu TOP 2 der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 09.06.2011: "Case Management" in der Pflegeberatung	ATG/0030/11
-----	---	-------------

B.-Nr.
16/11

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Finanzausschuss, weitere 70.000 € im Haushalt einzustellen, um im „Case-Management“ in der Pflegeberatung eine weitere unbefristete Stelle einzurichten.

Abst.-
Erg.:

einstimmig, E. FDP

2.4	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 zu TOP 2 der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 09.06.2011: "Runder Tisch" - Projekte innovativer Seniorenarbeit	ATG/0031/11
-----	--	-------------

B.-Nr.
17/11

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Finanzausschuss, im Haushaltsjahr 2011 2.500 € und im Haushaltsjahr 2012 5.000 € einzusetzen, um einen „Runden Tisch“ – Projekte innovativer Seniorenarbeit einzurichten.

Abst.-
Erg.:

einstimmig, E. FDP

2.5	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 zu TOP 2 der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 09.06.2011: Wohnraumberatung	ATG/0032/11
-----	--	-------------

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

B.-Nr.
18/11

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Finanzausschuss, die Wohnraumberatung der Arbeiterwohlfahrt im bisherigen Umfang mit Kreismitteln zu unterstützen.

Abst.- einstimmig, E. FDP
Erg.:

2.6	Haushalt	
-----	----------	--

Abg. Kunert erläuterte die Anfrage ihrer Fraktion betreffend die Telefonseelsorge, die sich darüber beklage, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht mehr auskömmlich seien. Sie bekundete die Bitte an den Finanzausschuss, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen, vorausgesetzt es würde eine ausreichende Begründung für eine Kostensteigerung durch die Telefonseelsorge vorgelegt.

Sodann bat die Vorsitzende um Abstimmung über den Gesamthaushalt.

B.-Nr.
19/11

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung empfiehlt dem Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Produkte des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung fallen, sind unter Berücksichtigung der vom Ausschuss beschlossenen Änderungen gemäß dem Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012 zu bemessen.

Abst.- einstimmig bei einigen E.
Erg.:

3	Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII; hier: Bildungs- und Teilhabepakete - Sachstand	AFG/0022/11 F/0101/11
---	---	--------------------------

Die Vorsitzende erteilte Ltd. KVD Allroggen das Wort. Er ging auf einige Punkte aus der Vorlage zur Sitzung ein und betonte die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit. Er hob hervor, dass das Kreissozialamt dies im Wege eines Multiplikatorenkonzeptes umsetze. So wurden Gespräche mit der Geschäftsführung des Jobcenters wie auch mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände geführt. Auch hätten größere Informationsveranstaltungen mit den Leiterinnen und Leitern der örtlichen Sozialämter als auch mit den Vertretern der Schulämter des Kreises und der Städte und Gemeinden stattgefunden. Die Verwaltung habe den Mitarbeitern des Jobcenters und der Sozialämter eine umfangreiche Arbeitshilfe an die Hand gegeben, um einen Einstieg in die Thematik zu ermöglichen.

Ein deutliches Hemmnis sei derzeit noch die vom Land ungelöste Frage nach der rechtlichen Zuständigkeit für die Bedarfsgruppen, die nicht dem SGB II und SGB XII zugehören würden. Die derzeit angedachte Regelung, wonach die Bearbeitung durch den Kreis nur auf die Kommunen delegiert werden könne, in denen sich ein Standort des Jobcenters befinde, sei für den Rhein-Sieg-Kreis nicht akzeptabel.

Die Vorsitzende regte an, die in der Vorlage zur Sitzung angesprochenen Informationen und Antragsunterlagen auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stel-

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

len. Ltd. KVD Allroggen verwies auf entsprechende Informationen im Internet <http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/aktuelles/nachrichten/> und sagte darüber hinaus zu, jeder Fraktion ein Infopaket zukommen zu lassen. Die Vorsitzende hob die Bedeutung hervor, auch Kinder, die bislang noch keinem Sportverein/Musikschule etc. angehören würden, anzusprechen. Abg. Eichner begrüßte die flächendeckende Information. Er befürchte jedoch, dass die bisherige Handhabung der Vereine, beitragsfreie Mitgliedschaft für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II/SGB XII zu ermöglichen, künftig nicht mehr erfolgen werde. Ltd. KVD Allroggen betonte, dass es schon eines gewissen Aufwands bedürfe, um die Leistungen in Anspruch zu nehmen. Wenn das Gesetz den Vereinen eine Refinanzierungsmöglichkeit einräume, könne man den Vereinen nicht verübeln, wenn sie ihre bislang von den Beiträgen befreiten Mitglieder auf einen möglichen Anspruch nach dem Bildungs- und Teilhabepaket verweisen würden. Ob die Erstattung des Bundes auskömmlich sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. In jedem Fall sei eine Zunahme der Verwaltungsverfahren zu befürchten.

Abg. Deussen-Dopstadt befürchtet die Zerschlagung der bewährten Unterstützung durch Fördervereine. Ltd. KVD Allroggen bot an, einzelne Fachfragen der Ausschussmitglieder zu sammeln und die Beantwortung entweder dem Protokoll beizufügen oder eine Informationsveranstaltung anzubieten, an der alle interessierten Mitglieder des Ausschusses teilnehmen könnten. SkB in Grüner regte an, in jedem Jobcenter eine Infostelle einzurichten, bei der sich die Anspruchsberechtigten informieren könnten, bevor sie einen Antrag stellten. Ltd. KVD Allroggen berief sich auf fehlende personelle Ressourcen in den Jobcentern und unterstützte die Absicht des Jobcenters, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes nicht in einigen Standorten zu zentrieren, sondern die Aufgaben im Rahmen der generellen Sachbearbeitung vorzunehmen. Auf diese Weise könne eine ganzheitliche Betreuung der betroffenen Familien erreicht werden. Er setze weiter darauf, mit Hilfe von Multiplikatorenschulungen Informationen breit zu streuen, was jedoch eine gewisse Zeit beanspruche.

Ltd. KVD Liermann gab auf Nachfrage des Abg. Neuber an, auch Lehrer würden von der Informationsweitergabe erfasst.

Gelöscht: 12. Sitzung

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Formatiert: Schriftart: 10 pt

4	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur AIDS-Prävention - Neukonzipierung der Leistungsvereinbarung mit der AIDS-Hilfe	
---	--	--

Formatierte Tabelle

VA Arenz gab auf Nachfrage der Vorsitzenden an, dass die Leistungsvereinbarung mit der AIDS-Hilfe ausgehandelt sei und den Vertragspartnern zur Unterschrift vorgelegt werde.

Abg. Eichner wies auf eine Stellungnahme der erst am Sitzungstag den Fraktionen zugeleiteten Stellungnahme der AIDS-Hilfe hin, in der die AIDS-Hilfe u.a. die Geeignetheit der Lehrkräfte für die Umsetzung der Präventionsarbeit anzweifelte. In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung darum, die Stellungnahme der AIDS-Hilfe zu prüfen und hierzu in einer der nächsten Sitzungen Position zu beziehen. Dies sagte Ltd. KVD Allroggen zu. Unabhängig davon äußerte Ltd. KVD Allroggen sein Unverständnis darüber, dass die Stellungnahme der AIDS-Hilfe nicht auch an die Verwaltung gerichtet worden sei, obwohl doch in gemeinsamer Verhandlung eine Verständigung erreicht werden solle. Dies erfordere Offenheit und gegenseitige Information. Die Förderung als solche sei seitens der Verwaltung nicht in Frage gestellt worden; sie wolle jedoch eine Optimierung der Leistungserbringung und -ergebnisse.

Gelöscht:

Formatiert: Nicht unterstrichen

Gelöscht:

Gelöscht:

5	Integrationskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Ltd. KVD Liermann wies daraufhin, dass nun die Kurzfassung des Integrationskon-

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

zepts für den RSK vorliege. Das Konzept zeichne sich dadurch aus, dass es auf einer breiten Basis erstellt worden sei. Zur Umsetzung allerdings seien die Integrationsaktivitäten vor Ort unverzichtbar. Denn Integration finde konkret vor Ort, in den jeweiligen Stadtbereichen statt. Der Rhein-Sieg-Kreis könne hier flankierend unterstützen, was auch durch vielfältige Maßnahmen geschehe. So fänden z.B. regelmäßige Gespräche mit den vor Ort gewählten Integrationsräten statt.

6	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Ltd. KMD Klemme trug den aktuellen Sachstand zu EHEC-Erkrankungen vor. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass eine nachhaltige Auswirkung auf die Ess- und Hygienekultur stattfinde.

Ltd. KMD Klemme wies erneut auf das bestehende Netzwerk Multiresistente Erreger – MRSE - hin und bot an, einen Fachmann zu diesem Thema zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Ltd. KVD Allroggen wies noch auf einzelne Tischvorlagen hin, um deren Beachtung er bat. Neben dem unter TOP 5 angesprochenen *Integrationskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis -Zusammenfassung zentraler Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen* handele es sich dabei um eine Dokumentation der Ausstellung *Integrationswege-Spurensuche am 16.12.2010* und um einen Auszug aus dem *Jahresbericht 2010 der Wohnberatung für ältere, behinderte und in der Alltagskompetenz eingeschränkte Menschen im Rhein-Sieg-Kreis*.

Außerdem teilte er mit, dass die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nach Angaben der neuesten Statistik über die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt an den Langzeitarbeitslosen weitgehend vorbei laufe. Er kündigte an, diese Informationen baldmöglichst im Kreis der sozialpolitischen Sprecher vertiefen zu wollen. Obwohl wiederholt kommunalseitig das Fehlen spezieller Arbeitsmarkt-Instrumente für diesen Personenkreis kritisiert worden sei, sehe der Bund keine entsprechende spezifische Regelung vor.

Die Vorsitzende sicherte Abg. Neuber zu, in der Trägerversammlung die Problematik der Vermittlung von langzeitarbeitslosen Jugendlichen zu thematisieren.

Die Vorsitzende bat darum, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Mitarbeiter der Verwaltung über das Elterngeld referieren möge.

Die Vorsitzende regte an, die Tradition der Info-Tour im nächsten Jahr wieder aufleben zu lassen, und bat die Fraktionen um Stellungnahme dazu und gegebenenfalls um Vorschläge.

Formatiert: Nicht unterstrichen

Ende des öffentlichen Teils

12. Sitzung des am 09.06.2011		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gelöscht: 12. Sitzung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung

Formatiert: Schriftart: 10 pt

Gelöscht: 09.06.2011

Nichtöffentlicher Teil

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Anträge lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.



Sigrid Leitterstorf
Vorsitzende/r

Cornelia Neuwirth
Schriftführer/in

Die Vorsitzende Abg. Leitterstorf begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.